

Posener Zeitung

Hunderterster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schlech, Hoflieferant,
Dr. Gerber u. Breitestr. Göde,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
für den innerpol. Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redaktionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonne und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zweimal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Preußen 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabekassen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Mr. 103

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Amoncen-Expeditionen
und Nosse, Hasenstein & Vogler A. G.,
G. L. Danke & Co., Invalidendank.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Sonnabend, 10. Februar.

1894

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 9. Februar, 11 Uhr.

Tagesordnung: Die zweite Beratung des Reichsbudget wird beim Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt.

Bei Artikel 1 der fortlaufenden Ausgaben (der Staatssekretär 24 000 M.) untersteht

Abg. Dr. Schönlanck (Soz.) die Sozialpolitik der Reichspost einer eingehenden Kritik. In der Postverwaltung mache sich eine Stagnation, eine gewisse Versteinerung bemerkbar. Selbst von Württemberg habe sich die Reichspost in betreff der Heraushebung des Lokalportos überflügeln lassen. Nach einem Kaiserlichen Worte sollen die Staatsbetriebe „Musteraufstalten“ sein; die Reichspost sei dagegen ein nach großkapitalistischen Grundsätzen geleiteter Betrieb, der in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung als Muster dienen könne, wie ein Betrieb nicht sein solle. Herr v. Stephan ziehe mit den großen Überschüssen (im laufenden Etat 24 Millionen Mark) zu berauschen, aber diese Überschüsse würden erzielt auf Kosten der überbürdeten und schlechtbezahlten Unterbeamten. Bei der Einweihung des neuen Postgebäudes in Memel habe Herr v. Stephan von den ihm unterstellt 140 000 Postbeamten gesprochen. Die überwiegende Mehrzahl dieser Leute seien aber nur dem Namen nach Beamte; sie hätten wohl die Pflichten aber nicht die Rechte von Beamten, seien nichts als dienstlich angestellte Tagelöhner und Kulis, da sie nur auf kurze Ablösung angeholt würden. Nur etwa 55 000 Personen hätten etatmäßige Stellen inne. In Krankheitsfällen seien die Beamten schlechter Behandlung ausgesetzt, indem man sogar ihre Personalakten einforderne, als ob sie Dauerlanten oder Simulanten seien. Und während man durch eine Rundverfügung den Briefträgern die Annahme von Weihnachtsgeschenken verbiete, gewähre Herr v. Stephan selbst Weihnachtsgratifikationen an die Eisenbahnenbeamten. Da die Postunterbeamten auf Hungerlöhne angewiesen seien, wären sie auf allerlei Nebenarbeiten, als Civilmitärit, Eiseler, Schneider, Schuhmacher etc., wohl auch auf Unterstützungen seitens der Postverwaltung selbst angewiesen, die allerdings den höheren Beamten in höherem Maße zutheil werden als den Unterbeamten. Bereits sei es soweit gekommen, daß die Gerichte bei den wegen Unterschlagung angeklagten Postunterbeamten die miserabile Bezahlung durch Herrn v. Stephan als mildenden Umstand in Betracht ziegen. Eigentlich gehe es auch bei den berüchtigten Post-Spar- und -Vorschubvereinen zu, denen die Postbeamten zwangsweise betreten müßten. Im Jahre 1892 seien über fünf Millionen Mark an Vorschüssen an rund 35 000 Beamten geleistet worden, was ebenfalls die traurige soziale Lage der Postbeamten beweise. Und trotz der Hungerlöhne bestätigten besonders die Unterbeamten einen bewundernswerten Pflichtesinn, freilich greife die soziale Willkür im unteren Beamten immer mehr um sich, jemehr die Postverwaltung mit einer möglichst großen Zahl jugendlicher Hilfsträger und zu einer jubilarten Stellung dauernd verurteilter Assistenten zu arbeiten scheine, um möglichst hohe Überschüsse zu erzielen. Redner führt eine Reihe von Fällen an, um darzuzeigen, daß die höheren Postbeamten anders behandelt würden als die unteren Beamten. Er trifft es ferner eingehend, daß den Postassistenten trotz ihrer Gymnasialbildung und trotzdem sie dieselben Dienste leisteten wie die Postsekretäre, die höhere Postcarriere verschlossen bleibe. Statt allen Besäftigten freie Wahl zu öffnen, ließe man die chinesische und zopfartige Kasteneinteilung. Herrn v. Stephan System sei nichts weiter als der durch willkürliche Gnadenbewilligungen gemilderte Kapitalismus. Noch heute bestehe ein Erlass aus dem Jahre 1879, der das Briefgeheimnis den Sozialdemokraten gegenüber außer Kraft setze. Das sei ein Skandal. Vielleicht bereue es Herr v. Stephan, eine solche aussichtliche Verfügung einmal erlassen zu haben und schäme sich, sie jetzt öffentlich zurückzunehmen. So schlecht wie seine Verse, so schlecht sei auch die Sozialpolitik des Herrn v. Stephan (Große Unruhe), eine Sozialpolitik, die sich nicht scheue, mithilfende Mitglieder des Postassistentenverbandes durch Spiegel überwachen zu lassen. Allerdings wisse er, daß seine Partei z. B. vergebens gegen die Stephanische Nebenrichterwirtschaft ankämpfe, aber der Umsturz werde von außen kommen. (Schlußrede rechts). Ich werde schlafen, wenn es mir passt, Herr v. Karlovoff. So wie Sie hier vorgehen, im Namen der hungernden Agrarier zu sprechen, so spreche ich hier im Namen der hungernden und ausgebeuteten Postbeamten. (Große Unruhe, Widerspruch, Befall bei den Sozialdemokraten). Herr v. Stephan sei der Unzulänglichkeitsreger, er züchte die Sozialdemokraten, aber erntet werde seine Partei. (Große Unruhe, Bravo bei den Sozialdemokraten).

Direktor im Reichspostamt Dr. Bischler protestiert dagegen, daß der Vorredner sich das Mandat vindicare, im Namen der hungernden Postbeamten zu sprechen. (Bravo rechts.) Das komme ihm nicht zu. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Das wissen Sie doch nicht!) Wenn auch die Sozialdemokraten sich anmaße, hier die Postbeamten zu vertreten, so stehe doch fest, daß weite Kreise der Postbeamten von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen. (Belohnung rechts.) Wohlwollen und Interesse für die Postbeamten herrschen auf allen Seiten des Hauses. (Bustimmung.) Er protestiert nochmals gegen die Annahme der Sozialdemokraten, die hungernden Postbeamten zu vertreten. (Abg. Schönlanck ruft: Das werden wir bei den Wahlen sehen!) Die starken Ausdrücke des Vorredners seien nicht für den Saal, sondern für draußen berechnet gewesen. (Bustimmung.) Die vom Vorredner angezogene Verfügung, durch welche angeblich das Briefgeheimnis verletzt worden sei, sei unter dem Sozialstengesetz erlassen und längst zurückgenommen worden. Hundertausend „Tagelöhner“ soll die Postverwaltung beschäftigen. Das ist unrichtig. Die Postverwaltung ist stets bemüht, die Zahl der etatmäßigen Stellen zu vermehren. Im laufenden Etat seien z. B. 2200 Unterbeamtenstellen mehr als etatmäßig aufgeführt. Die Zahl der Kriminalfälle bei der Post sei gegen früher auf die Hälfte gesunken, trotz der vermehrten Beamtenzahl. Herr Schönlanck sagt uns „Verkleinerung“ in unserer Sozialpolitik nach, nennt diese einen Verfehl! Aber die Postverwaltung hat durch Verträge mit Lebensversicherungen den

Beamten Erleichterungen verschafft, auch Zuschüsse gegeben. Ist das eine „miserable“ Sozialpolitik, wenn wir so die Grundlage für die Existenz der hinterbliebenen unserer Postbeamten legen? Wir haben auf dem Boden der Selbsthilfe weitere Einrichtungen für die Beamten getroffen, sich aus Verlegenheiten zu helfen. Das ist die berüchtigte Spar- und Vorschubbank. Verlegenheiten können vorkommen, auch wenn die Verhältnisse der Beamten nicht so schlecht sind, als der Vorredner sie schilderte. Unser Institut giebt Darlehen zu Zinsen, viel niedriger, als sie sonst an Privatentnahmen zu zahlen sein würden. Das Institut hat sehr segensreich gewirkt. Es hat jetzt ein Vermögen von 25 Millionen Mark. Der Kaiser-Wilhelms-Stiftung wurde vom Vorredner nachgesagt, daß sie nur den höheren Beamten zugute komme. Aber wir haben aus dem Kapital dieser Stiftung auch zahlreiche Freistellen für Angehörige von Unterbeamten geschaffen.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Frei. Bp.) wiederholt sein vorjähriges Verlangen nach Erhöhung des Gewichts für den einfachen Brief von 15 auf 20 Gramm.

Staatssekretär Dr. v. Stephan bezeichnet die Erfüllung dieses Verlangens zur Zeit als unmöglich. Es würde ein Ausfall von etwa 5 Millionen entstehen, mit dem er angesichts der mühslichen Lage der Steuervorlagen in der Kommission im Bundesrat nicht durchdringen würde. Mit der Heraushebung des Lokalportos in Württemberg sei zugleich eine Erhöhung auf weitere Entfernung verbunden gewesen. Zur Betreuung der Heraushebung der Telegraphen gebühren seien wir Württemberg mit gutem Beispiel vorangegangen.

Abg. Schmidt (Warburg) befürwortet in dieser geldknappen Zeit und bei der Schwierigkeit, ein balancirendes Budget herzustellen, Sparmaßnahmen bei den Postbauten, die vielfach zu luxuriös hergestellt würden. Zum Beweis verwies Redner auf die im Etat ausgeworfenen Summen für neue Postbauten in verschiedenen Städten des Westens und Ostens, die viel zu hoch erschienen. Der Präsident ist der Ansicht, daß solche Ausführungen nicht zu Artikel 1 gehören, was Redner aber entschieden unter Befall des Centrums bestreitet.

Abg. Gneccerus (natlb.) unterstützt das Bestreben des Vorredners, die Postbauten auf das nötige Maß zurückzuführen. Um der Legende entgegenzutreten, daß die Postverwaltung mit Überschüssen arbeite, müsse doch hervorgehoben werden, daß diese Überschüsse nur durch Gratsleistungen der Eisenbahnen der Einzelstaaten ermöglicht würden. Schönlanck habe wegen der schlechten Lage der Postunterbeamten viel zu allgemein gesprochen. Seine Rede sei lediglich eine sozialdemokratische Agitationsrede gewesen, die den berechtigten Forderungen der Postbeamten nur schade.

Staatssekretär Dr. v. Stephan hält die Charakterisierung der Schönlanckschen Rede durch den Vorredner für völlig zutreffend. Wenn man auf die Gratsleistungen der Eisenbahn für die Postverwaltung verweise, so müsse er doch auf die vielen unentgeltlichen Leistungen verweisen, die von den verschiedenen Verwaltungs Zweigen von der Reichspost verlangt werden.

Abg. Dr. Bachem befürwortet eine Reform des Postgeheimes nach der Richtung, daß die Postgebühr für die Beförderung von Zeitungen nicht mehr ausschließlich nach dem Abonnement-Betrag, sondern nach dem Gewicht der Zeitungen bemessen wird. Bei der jetzigen Praxis müßten die teureren Zeitungen mit weniger Papier den Ausfall decken, der bei dem Transport der billigen Zeitungen mit ihrem Papiermassen entstehe.

Staatssekretär Dr. v. Stephan ist gern bereit, bei dem in Ausarbeitung befindlichen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand die vom Vorredner angeragten Punkte zu berücksichtigen. Zweifelhaft sei es, ob der Gesetzentwurf in dieser Tagung noch vorgelegt werden könne.

Abg. Dr. Schönlanck bemerkt, daß jede Rede der Sozialdemokraten eine Agitationsrede sei, weil sie eben die sozialen Verhältnisse unverstört schilderten und sagten, was ist. Die Sozialdemokraten machten es nicht wie die Nationalliberalen, diese „Fraktion Drehselbe“, die heute für Bismarck, morgen für Caprivi summte. Seine heutige Rede sei den herrschenden Klassen unangenehm, daher die Harmonie zweier schöner Seelen zwischen Herrn Gneccerus und Herrn Stephan (Heiterkeit). Er könne der Postverwaltung mit ganzen Waggonladungen von Zustimmungsbündgebungen seitens der Postunterbeamten aufwartet. Ihren Vorgesetzten gegenüber möchten dieselben allerdings ein frommes Gesicht zeigen, aber im Innern freuten sie sich, wenn Herr v. Stephan einmal die Wahrheit gesagt werde. Die Postbeamten rekrutieren sich meistens aus kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen, die noch an die Autorität des letzten Klassenstaates glaubten. Jemehr in diesen Kreisen auch der Glaube an den heutigen Staat schwane, umso besser. Die Postverwaltung verfolge entgegen dem praktischen Christenthum die Grundsätze des Kapitalismus mit einer Rassinfinitheit, daß mancher Privatunternehmer sich schämen würde, seine Arbeiter so zu behandeln, wie dies die Reichspostverwaltung thue. (Präsident v. Lebedow ruft diese Bemerkung als unparlamentarisch.)

Abg. Grüber bemerkt, daß die Reform des Lokalportos in Württemberg dort mit günstigen Gefühlen aufgenommen werde. Wie bei der Reichssteuerreform sei es dabei ebenfalls hauptsächlich auf Mehreinnahmen abgesehen.

Nachdem ich noch Abg. Graf Limburg-Stein (lon.) dagegen verwahrt, daß er im preußischen Abgeordnetenhaus das Verhältnis zwischen Eisenbahnen und Post einseitig dargestellt, wird der Titel nach einigen persönlichen Bemerkungen bewilligt.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 1/6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 9. Februar, 11 Uhr.

Die Wahl der Abg. Frhr. v. Bünker und Tomasz (1. Königsberg) beantragt die 7. Abteilung für gültig zu erklären, da kein Prost dem Abgeordnetenhaus vorsteht, sondern nur dem Wahlkommissar für die Wahlmännerwahlen vorgelegen hat. Der Berichterstatter beantragt zugleich, obwohl kein entsprechender schriftlicher Antrag der Abteilung gestellt ist, die Regierung zu eruchen, den Wahlkommissar auf eine von ihm begangene Ungezüglichkeit aufmerksam zu machen.

Inserate, bei schlagzeugsartige Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittag-Ausgabe 25 Pf., auf bevorzugten
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittag-Ausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Abg. Rickert (Frei. Bp.) beantragt Zurückweisung der
Sache an die Abteilung zur schriftlichen Berichterstattung.

Da die Abstimmung über diesen Antrag zweifelhaft bleibt, so erfolgt die Abstimmung, welche die Annahme des Antrages mit 127 gegen 122 Stimmen ergibt. Dagegen stimmen nur die beiden konservativen Parteien.

Es folgt die Beratung der Interpellation Knebel: Die Futternot des letzten Sommers hat in umfangreichen Gebieten des Staates massenhafte Forstfreiheit zu Folge gehabt auch in solchen Fällen, wo die Strafhat in Betracht der außergewöhnlichen Umstände als entshuldbar betrachtet werden muss. Die Unterzeichneter richten an die königliche Staatsregierung die Anfrage, ob und in welchem Umfange dieselbe geneigt ist, für solche Fälle Allerhöchsten Orts die Begnadigung in Antrag zu bringen.

Zur Begründung der Interpellation ergreift das Wort Abg. Knebel (nl): Es liegt uns vollkommen fern, auf die Allerhöchsten Entschließungen durch unsere Interpellation einzuwirken zu wollen. Nun kann es aber nicht bestritten werden, daß es außerordentliche Umstände gewesen sind, die im letzten Jahre viele Verstümmelungen wegen Forstfreiheit veranlaßten. Solche Vergehen fallen zwar unter das Strafgesetz, aber sie sind doch angesichts der damaligen Notstandsverhältnisse entshuldbar. Die Futternot war in den Gebirgsgegenden zu einer Zeit so groß, daß ein Pfund Heu teurer war als ein halbes Pfund Fleisch. In dieser Zeit verminderte sich an einzelnen Orten das Vieh um 10 bis 25 Prozent. Da muß man es doch entshuldbar finden, wenn der Mann, um sich vom Untergang zu retten, in den Wald geht und Laub holt. Der Staat sollte doch mehr Forstfreiheiten anlegen, damit die Leute billig Forstfreiheit erhalten; bei dem Bezug der Forstfreiheit von Privaten werden die Leute oft betrogen. Auch augenblicklich befinden sich die Gebirgsgegenden noch in schlimmer Lage, da Gerste und Hafer mährathen sind. Der Hunsrück Bauernverein hat mich gebeten, eine allgemeine Amnestie zu beantragen. Darauf kann ich mich nicht einlassen, denn gerade in schweren Zeiten muß die Autorität gewahrt werden. Die schlimmen Forstfreiheiten müssen auch bestraft werden, aber manche Vergehen sind doch entshuldbar. Ich hoffe, daß die Staatsregierung die Interpellation wohlwollend aufnehmen wird. (Befall)

Landwirtschaftsminister v. Heyden: Durch Ordre vom 15. März 1880 ist dem Landwirtschaftsminister die Befugnis ertheilt, in allen Forst-Kontrollentwürfen, welche den Betrag von 30 M. nicht übersteigen, die Strafe zu erlassen. Die Interpellation gibt keine bestimmte begrenzte Kategorie an, von einer allgemeinen Amnestie kann nicht die Rede sein, es muß jeder einzelne Fall besonders untersucht werden, und wenn die Umstände so außerordentlich sind, werde ich nicht verfehlten, einen Begnadigungsantrag zu stellen. Eine Milberung einzutreten zu lassen, bin ich bereit in jedem einzelnen Falle, wo Futternot und Dürre so groß waren. Einen allgemeinen Straferlass ohne Unterschied kann ich aber nicht befürworten, da dann die Begriffe über Eigentum vollständig verwirkt werden könnten. Wir sind bereit, die außerordentlichen Umstände zu berücksichtigen, aber die Berücksichtigung dieser außerordentlichen Umstände kann nicht in jedem Fall zur Begnadigung führen.

Auf Antrag des Abg. Schmidt-Erkelenz (Ctr.) findet eine Befreiung der Interpellation statt.

Abg. Dr. Alasing (cons.): Die konservative Partei steht den Bestrebungen der Interpellation schroff ablehnend gegenüber. Denn wir erblicken darin einen Eingriff in die Prärogative der Krone, das Begnadigungrecht. (Lebhafte Widersprüche links und im Centrum.) Wir erblicken darin einen Vorstoß gegen das verfassungsmäßige Recht des Königs. Wir wünschen nicht in die parlamentarische Debatte zu verlegen, ob und in welchen Fällen die Krone eine Begnadigung einzutreten lassen soll. Schon der zarte Versuch (Lachen links), die Gründe, die für eine etwaige Begnadigung sprechen, hier zu erörtern, widerstrebt dem Prinzip der Konservativen. Wenn der Vorredner sich gegen einen Versuch der Einwirkung auf die Krone verwehrt, so hätte ihn das veranlassen müssen, die Interpellation nicht einzubringen, oder sie zurückzuziehen. (Lachen links und im Centrum.) Der Versuch der Einwirkung ist ja ein schüchterner, aber vor den Grundzügen einer ernsten Strafrechtspflege zerstieben alle diese Gründe. Wenn der Notstand ein Milderungsgrund sein soll, wo bleibt denn das Recht? Dann müßte man ja die Witwe freisprechen, die aus Hunger Brot steht oder den Obdachlosen in Berlin, der, um sich eine Unterkunft zu verschaffen, ein Fenster einwirkt. Wir müssen Front machen gegen die falsche Sentimentalität. Wenn die Interpellation darauf ausgeht, alle Fälle des Notstandes für einen Begnadigungsgrund zu halten, so ist sie bedenklich, und will sie nur für außerordentliche Fälle sorgen, so ist sie überflüssig (Lebhafte Befall rechts, anhaltendes Lachen links und im Centrum.)

Abg. Rören (Ctr.): Die ungewöhnliche Schroffheit des Vorredners kann nur entshuldet werden durch seine junge parlamentarische Tätigkeit. (Unruhe rechts.) Der Vorredner hat ganz verfehlt, daß die Krone selbst dem Landwirtschaftsminister für gewisse Fälle das Begnadigungsrecht verliehen hat. Der Vorredner hat der Interpellation Bestrebungen untergelegt, die gar nicht darin liegen. Es ist ausdrücklich gesagt worden, daß kein allgemeiner Straferlass stattfinden soll, sondern, daß die außerordentliche Notlage berücksichtigt werden soll in jedem einzelnen Fall, und in diesem Sinne hat sich ja auch der Landwirtschaftsminister ausgeprochen. Ich habe die nothleidenden Kreise selbst gesehen und die düstersten Schilderungen wurden von meinen Wahrnehmungen übertragen. Ein großer Theil der Strafen ist überhaupt auf das engberige bürokratische Verfahren der unteren Behörden zurückzuführen. Vielfach haben die untergeordneten Behörden weder das nötige Verständnis noch Herz für die Lage der Leute gehabt. Die Abgabe von Waldstreu wurde im Regierungsbezirk Trier davon abhängig gemacht, daß zunächst ein bestimmtes Quantum Waldstreu beschafft werde. Das kam bei der Armut der Leute dem Verbot der Abgabe von Waldstreu gleich. Der Minister, für dessen Entgegenkommen die dortige Gegend dauernd dankbar sein muß, ließ Abhilfe eintreten. Trotzdem wurde

diesem Befehl nicht nachgekommen, sondern der Minister mußte erst noch eine telegraphische Anordnung an die Regierung in Trier senden. (Hört! hört! links und im Centrum.) Wenn unter solchen Verhältnissen die Leute sich selbst zu helfen suchen, so ist das verständlich. (Beifall.)

Minister v. Heyden: In der grundsätzlichen Beurtheilung des Begründungsrechts der Krone stimme ich mit dem Abg. Klosting überein. Ich wiederhole, ein genereller Strafverfahren liegt nicht in der Absicht der Regierung. Bezüglich der vom Vorredner berührten Angelegenheit muß ich doch sagen, daß ein Notstand, der zu Ausschreitungen führen kann, in Folge Mangels an Streu nicht eintreten kann. Einerseits liegt der Notstand an einer zu ausgehenden Bleibhaltung der Bauern, andererseits sollten sich die Bauern an Torsfreu gewöhnen. Ich muß deshalb die Verwaltung in Schuß nehmen. (Beifall rechts.) Die Behörden haben sich bestrebt, den Leuten den Vortheil der Torsfreu klar zu machen.

Abg. v. Gneuern (nl): Die Thronrechte mahrn wir ebenso sehr wie die Konservativen. (Sehr richtig! links.) Hier handelt es sich auch nur um eine Anregung beim Justizminister, daß er auf die Krone einwirken möge. Der konservative Redner hat bei seiner Jungferrede so weit ausgeholt, daß er sich selbst in den Nacken geschlagen hat. (Heiterkeit links.)

Abg. Jerusalem (ctr.): Es ist das gute Recht des Hauses, diese Anregung zu machen. Im letzten Jahre bestand in der Eifel ein ganz elementarer Notstand. Viele Leute mußten an ihrer Existenz verzweifeln. Da ist auch die unerlaubte Entnahme von Waldstreu verübt. Die Leute wurden thalweise mit Geldstrafen bis zu 50 M. belegt. Da sie aus Erfahrung nicht ins Gefängnis wollten, mußten sie ihr Vieh verkaufen, um die Strafen zu bezahlen. Möge der Minister die einzelnen Fälle wohlwollend untersuchen und wo es irgend angeht, Begründung eintreten lassen.

Abg. Graf Limburg Stirum (konf.): Meine politischen Freunde sind mit den Ausführungen des Abg. Klosting vollkommen einverstanden. (Hört, hört! links.) Die Röde hat sicher ihren Eindruck nicht verfehlt, und wenn Abg. Rooren die Röde mit der parlamentarischen Jugend des Redners entschuldigen wollte, so meine ich, daß sich Abg. Klosting mit dieser ersten Röde eine Stellung erworben, wie sie sich andere Abgeordnete, die hier seit 1882 sitzen, nicht haben erreichen können. (Aruhe im Centrum.) Der Interpellant erkennt zwar grundsätzlich die Thronrechte an, er wird aber mit seinem Vorgehen das Gegenheil von dem erreichen, was sie wollen. Ich muß mich dagegen verwahren, daß hier kategorienweise Begründung eintreten soll. Gerade in unserer schweren Zeit muß die Achtung des Eigentums aufrecht erhalten werden. Gegen Begründung in einzelnen Fällen habe ich ja nichts einzurunden. (Beifall rechts.)

Abg. Doebach (ctr.): schlägt die Notlage an der Eifel unter Anführung einzelner Fälle. Auch im Kreise Fulda haben sich die Forstbeamten der Abgabe von Waldstreu wenig geneigt gezeigt. Der Preis für einen großen Wagen betrug 10, für einen kleinen 6-7 M. Der Minister hat verfügt, in Bezirken, wo die Röde besonders ist, könne die Taxe ermäßigt werden. Die Verfüzung hätte weiter gehen können, aber selbst jetzt hat die Regierung in Trier die Bitte um Ermäßigung des Preises für Streu abgelehnt. Nun sagt der Minister, die Leute hätten sich an Torsfreu gewöhnen sollen. Torsfreu ist erstens zu teuer, zweitens häufig unbrauchbar, weil sie den Kühen nicht zuträglich ist. Bezuglich der Ursache der Forstfreiheit ist der Minister auf die Berichte derselben Beamten angewiesen, gegen die sich die Beschwerden richten. Deshalb wird der Minister gut thun, die einzelnen Beschwerden von der Centralinstanz aus zu prüfen.

Minister v. Heyden: Ich kann diesem Wunsch des Vorredners nicht entsprechen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Leditz (frk.): Das Recht der Abgeordneten ist zweifellos, Wörter sind hier zur Sprache zu bringen. Es ist ebenso zweifellos, daß wegen des geringen Entgegenommens der Forstbeamten die Leute sich selbst haben helfen wollen und aus dem Wald Laub entnommen haben. Die Interpellation enthält an sich keinen Eingriff in das Begründungsrecht. Über bedenklich ist, daß die Interpellation ausführt, wie das Begründungsrecht ausgenutzt werden soll. Ferner gibt der Wortlaut Veranlassung zu dem Mißverständnis, als ob wir generell einen Strafverfahren für Vergehen gegen das Eigentum eintreten lassen wollten.

Die Abstimmung über einen Schlusshandlung bleibt zweifelhaft. (Heiterkeit.) Die Berathung wird demnach fortgeführt.

Abg. Dr. Dünkelberg (nl): hält es für zweifellos, daß die untergeordneten Organe nicht genügend den wohlwollenden Absichten der Regierung nachgekommen seien. Ein freundliches Entgegenkommen der Regierung werde im ganzen Westen Friedigung erregen.

Die Berathung wird nunmehr geschlossen. Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die erste Berathung der Sekundärbahnhvorlage.

Eisenbahnamtler Thielen: Die Vorlage enthält eine bedeutende Erweiterung unseres Eisenbahnnetzes und darf umso mehr befriedigen, als außerdem durch das Kleinbahngesetz die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes ermöglicht ist. Das private Kapital hat hier noch große Aufgaben. In der Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß das Kleinbahnsystem noch mit bureaukratischen Augen angesehen wird. Wir werden uns bemühen, das Kleinbahnsystem von aller Bürokratie freizumachen. Die Vorlage unterscheidet sich mehrfach von ihren Vorgängern. Die Ausgaben für dies Gesetz sind aus laufenden Mitteln gedeckt. Sodann sind zum ersten Mal eine Vollbahn und eine Schmalspurbahn vorgesehen. Letztere ist durch die Entwicklung der oberösterreichischen Industrie notwendig geworden. Ich bitte um wohlwollende Prüfung der Vorlage.

Abg. Bänisch (frk.) gibt seiner Freude Ausdruck über das Projekt einer Bahn von Graz nach Seisenberg und spricht sein Bedauern aus, daß die Vollbahn Breslau-Hirschberg noch immer nicht ausgebaut sei. Vielleicht könnte dieser Wunsch noch in einem Nachtragsetat erfüllt werden. Besonders wichtig sei der Ausbau der kurzen Strecke Siregau-Bolkenhain.

Nach der nunmehr festgestellten Abstimmung haben sich 17 Abgeordnete gegen, 18 für die Vorlage gemeldet.

Abg. Frhr. v. Doeberer (konf.): bemängelt die unklare Fassung der Verträge, welche die Eisenbahnhverwaltung mit den Kreisen abschließt. Da heißt es, daß die Kreise den Grund und Boden als freies Eigentum abzugeben haben. Diese Fassung sei sehr dehnbar. Der Kreis verlange sogar die Rieselfeuerung zum Bau des Bahndamms. Die Fassung müsse ganz und gar geändert werden, so daß die Kreise wissen, woran sie sind. Wenigstens müsse klar gestellt werden, was unter "Neberlassung des Grund und Bodens als freies Eigentum" zu verstehen sei.

Abg. Gotheim (frk. Ba.): führt Beschwerde, daß insbesondere in Schlesien vom Amtshauptmann die Genehmigung zur Anlegung von Kleinbahnen so spät ertheilt wurde. In Folge dessen befämen die Leute ihr Geld später als diejenigen, gegen die das Enteignungsverfahren angewendet sei. So schwere das Projekt Reichenbach-Bargenbielau noch immer in der Luft. Die schlesischen Weberdörfer seien leider in der Vorlage zu wenig bedacht.

Abg. Engler (frk.): verlangt eine Linie Königsberg.

Abg. Hermess (frk. Bp.): Die Städte Güterbogt, Treuenbrietzen, Neustadt a. D. liegen eng nebeneinander. Trotzdem haben sie noch immer keine unmittelbare Verbindung untereinander, sondern nur über Berlin. Eine direkte Verbindung von Treuenbrietzen

und Brandenburg über Güterbogt ist dringende Nothwendigkeit. Das Projekt schwimmt schon seit Jahren. Ich bitte um Auskunft, woran diese Verzögerung liegt.

Abg. Dr. Dittrich (ctr.): bittet den Minister, daß die in der Vorlage projektierte Linie Bintenz-Rothfleß in die Linie Allenstein-Kobbelsbude einmünde. Die alte Hansestadt Braunsberg habe daran ein lebhaftes Interesse. Sollte diesem Wunsch nicht Genüge geschehen können, so empfehle sich eine Anschlußbahn von Mehlack nach Heilsberg.

Abg. Dr. Gerlich (frk.): befürwortet eine Linie Br. Stargardt-Nienenburg. In Fällen, wo der Minister die Anlage von Kleinbahnen versage, solle er von Staatswegen möglichst schnell die Kleinbahnen herstellen. Vielleicht könnte auch der Staat für einzelne Kleinbahnen Unterstützung gewähren.

Minister Thielen: Sobald der Staat Unterstützungen für die Errichtung einzelner Kleinbahnen gewährt, steht zu fürchten, daß Kleinbahnen erst dann errichtet werden, wenn die Unterstützung gewährt wird. Wir würden also die Kleinbahnenunternehmen hemmen. In allen Fällen, wo unnötige Schwierigkeiten gemacht und die Entscheidung von der Centralinstanz zu spät eingeholt wird, werde ich die Schwierigkeiten befreiten. Ob das Kleinbahnsystem mehr oder weniger schnell vorwärts schreitet, hängt nicht von der Staatsunterstützung oder der Centralinstanz ab, sondern vielmehr von den Provinzen und Kreisen. Gegenüber dem Abg. v. Doeberer erkenne ich an, daß aus dem Wortlaut der Verträge manche Schwierigkeiten entstehen. An und für sich kann die Frage gar nicht zweifelhaft sein. Aber ich bin sehr gern geneigt, die Fassung der Verträge noch eingehend zu prüfen und jede Unklarheit darin zu beseitigen. Die Staatsregierung wird auch die Frage in nähere Erwägung ziehen, ob nicht statt des bisherigen Modus der Abgabe von Grund und Boden seitens der Beteiligten eine andere Form gefunden werden kann, in der die Beteiligten an den Kosten der Nebenbahnen Theil nehmen. Eine Änderung des Enteignungsgesetzes kann sich nur in der Richtung der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens bewegen. Die Anregung bezüglich des Baues der Linie Striegau-Bolkenhain ist zu spät gekommen: als daß wir sie noch in den diesjährigen Plan aufnehmen könnten. Bezüglich der Bahnlinie Güterbogt-Treuenbrietzen stehen noch Ermittlungen über die Höhe der Kosten aus. Wenn wir die Linie Bintenz-Rothfleß in die Strecke Allenstein-Kobbelsbude einmünden lassen, so ergibt sich dabei eine Mehrbaulänge von 17 Kilometern.

Auf Anregung des Abg. Eltern (konf.): führte Finanzminister Michael aus, daß das System der Vergabe des Grund und Bodens seitens der Kreise à fonds perdu höchst lästig sei. Sein persönliches Gefühl gebe dahin, daß der Staat eher das Risiko des Erwerbs von Grund und Boden übernehmen könne als die Kreise. Die ganze Frage werde aber am besten bei einer Revision des Enteignungsgesetzes geregelt werden können. (Beifall.)

Die Berathung wird nunmehr vertagt auf Montag 11 Uhr.

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 9. Febr. [Die Konservativen. Antrag.] Die Konservativen, die sich am Montag in den Unterhaltungen beim Reichskanzler so harte Dinge sagen lassen mußten, bemühen sich seitdem, ihre Royalität in das hellste Licht zu stellen, und die Interpellation Nebel im Abgeordnetenhaus hat heute als

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 9. Februar.

Für die Familie des verstorbenen Schauspielers Karl Meißner findet heute Abend eine Wohlthätigkeits-Vorstellung statt, welche in dem für 2000 Mark dazu gemieteten "Deutschen Theater" veranstaltet wird. Man kann es Direktor L'Arronge nicht verargen, daß er seine Tagespesen sich ersehen läßt, überdies kommt er ja noch zu kurz, da, wie er uns schreibt, seine Durchschnitts-Ginnahmen jetzt 3500 M. pro Abend betragen. Aber die 2000 M. Miete hätte zu Gunsten der Familie Meißners erspart werden können, wenn man das Wallner-Theater, das gratis zur Verfügung gestellt war, für die Vorstellung gewählt hätte. Das Komitee aber hatte dieses Anerbieten abgelehnt — ich will Sie nicht mit den Einzelheiten der unerquicklichen Vorgeschichte dieser Wohlthätigkeits-Vorstellung behelligen. Diese Vorgeschichte zeigte aufs Neue, wie kleinlich immer wieder Wohlthätigkeitsbestrebungen mit Reklamebestrebungen verquikt werden. Nun findet die Vorstellung also heute im "Deutschen Theater" statt und das geht gleichzeitig zu einem hübschen Theater-Spektakel Anlaß, von dem das Komitee nichts weiß. Vor 25 Jahren fand auf der Bühne des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters die Premiere des kleinen Lustspiels "Das erste Mittagessen" von Karl Görlich statt mit Anna Schramm als Dienstmädchen. Und heute Abend spielt auf derselben Bühne, wenn der Name des Theaters sich auch geändert hat, Anna Schramm dieselbe Rolle wie vor einem Vierteljahrhundert . . . Daz die heutige Meißnervorstellung, wie es ursprünglich beabsichtigt war, gleichzeitig eine Erinnerungsfeier für das Wallner-Theater bilde, das hat das Komitee bereitete. Und doch wäre es gerade sehr interessant gewesen, wenn zu Ehren des verstorbenen Wallnertheater-Mitgliedes all die früheren Künstler dieser Bühne sich hätten im alten Hause vereinigen können. Das Wallner-Theater, dessen Begründer Franz Wallner 1855 unternehmungslustig von Posen nach Berlin zog und hier ein Theater gründete, das sich eine beispiellose Popularität errang, das Wallner-Theater ist tot. Aber im Herbst dieses Jahres, voraussichtlich am 1. September, wird in die weiten Räume des schicklichen Hauses das Schiller-Theater einziehen. All' die großen Schwierigkeiten, die sich immer wieder entgegenstellten, hat Dr. N. Löwfeld in unerhörlicher Arbeit glücklich überwunden. In vertrauten Kreisen nennen wir ihn, den Tolstoi-Ueberzeuger, jetzt der Kürze halber nur noch Groß Löw Nitolaevitsch Löwenshiller, sind aber alle der Ueberzeugung, daß es seiner Thatkraft und zähen Beharrlichkeit gelingen wird, das Werk des Schillertheaters zu behaupten und seinen hohen Zielen zuzuführen.

Im Wallner-Theater hat vorläufig das Lessing-Theater eine Fülle errichtet und außerdem spielt Sonntag Nachmittag jetzt dort die "Neue freie Volksbühne". In einer überraschend gut gelungenen Vorstellung brachte sie am letzten Sonntag das dreiköpfige Schauspiel "Meister Delze" von Johannes Schlaf, eine Arbeit, aus der sehr viel Talent und sehr viel Beobachtung spricht, die mit liebenvoller Kleinmalerei ausgeführt, sorgsam und krautförmig in der Charakteristik, lebenswahr in der Führung des Dialogs, oft auch starke Theaterszenen besitzt und dennoch nicht so tiefe Wirkung erzielt, wie man glauben sollte. Ich wurde nicht gepackt, nicht erschüttert — es fehlt der zündende Funke, das eigentlich Dichterische. Es stimmt Alles bis aufs Kleinste, es ist ein herber, qualvoller Stoff, der da behandelt ist, aber ich spürte keine Erstürmung, nur ein dumpf lastendes Mitleid. Meister Delze hat einst den Stiefvater vergiftet, damit dieser nicht zu Gunsten seiner Tochter aus erster Ehe das Testament umstoßen könne. Die Mutter Delzes ist mitschuldig, seit vielen Jahren schon hat sich ihr Geist unmachet, die Gewissensqualen haben sie in den Wahnsinn gejagt. Meister Delze verschucht sich die Gewissensbisse mit atheistischen Allüren, seine Schurkenhaftigkeit vermag trotzdem das ererbte Vermögen nicht ruhig zu genießen. Der Körperlich schwer leidende Mann will sich durch eine Hinterthür den Himmel erschließen, sein Sohn soll Pastor werden, das Gebet des Sohnes ihn retten. Die Stiefschwester ist zu Besuch — damit beginnt das Stück — und sucht Gewißheit darüber, ob Delze wirklich, wie sie vermutet, damals den Vater vergiftet hat. Durch halbe Bemerkungen und spitze Reden heißt sie den Kranken in Wuth und Gewissensangst und treibt ihn endlich in den Tod. In seinen Tieberphantasien, die sie atemlos belauscht, hat er oft begonnen, als ob er eine drückende Schulde bekennen wollte, aber der Gedanke an seinen Sohn, den das Geständnis schwer schädigen würde, tritt immer wieder dazwischen und Delze stirbt ohne seinen Todeskampf durch ein Schuldbekenntnis erleichtert zu haben. Es ist eine groß und kühn angelegte Charakterstudie.

Über Halbes "Amerika Fahrer" Ihnen zu berichten, muß ich leider versagen. Als ich Sonntag ins "Neue Theater" kam, um die zweite Aufführung zu sehen, war das Stück bereits abgesetzt. Die grausam rücksichtslose Ablehnung, die das Stück am Sonnabend erlitten, hatte die Absetzung noch im Laufe des Sonntags der Direktion als eine Nothwendigkeit erscheinen lassen. Von einem glänzenden Erfolg, einer Aufnahme so herzlich, wie sie seit der "Ehre" und der "Jugend" einer Erstlingsarbeit hier beschieden gewesen, haben wir aus dem Lessing-Theater zu berichten. Da haben wir gestern Fedor v. Boebelitz, mit dessen Muse ich mich bisher wenig befreunden konnte, einen neuen Dramatiker kennen gelernt, dessen faszinierendes Schauspiel "Ohne Geläut" eine

ethisch und literarisch sehr erfreuliche Arbeit ist, von starker Wirkung und in meist sauberer guter Ausführung. Auch das Stoffgebiet dieses Schauspiels ist neu, es spielt bei märkischen Bauern und giebt einige gut realistische Bilder aus dem Bauernleben. Der alte Lehrschulze ist eine prachtvolle Figur, wie eine von Ludwig Knaus gemalte Bauerngestalt und Franz Gutheyr hat sie ganz prächtig nachgeschaffen. Die hübsche Kleinmalerei des Autors, seine sorgsame, kräftige Charakteristik, die gewandte Szenenführung, noch mehr aber der ethische Gehalt des Stükcs machten die Vorstellung zu einer sehr interessanten und willkommenen Aennchen, des Lehrschulzen Stieftochter, der der verstorbenen Vater eine städtische Erziehung hatte geben lassen, möchte hinaus aus ihrer bäuerlichen Umgebung und sich vor dem bäuerlichen Bräutigam retten, der ihr bestimmt ist, damit Geld zu Geld kommt. Die reiche Erbin gefällt auch dem jungen abgewirtschafteten Gutsbesitzer Möller. Anna liebt ihn, das weiß er wohl, aber wie die Einwilligung des starren, geldstolzen Lehrschulzen gewinnen? Wenn man ihn zwingen könnte? Die reiche Witgift wäre dem jungen Agrarier ersehnte Rettung — er benutzt eine sich ihm bietende Gelegenheit und — versucht das ihm liebvolle vertrauende junge Ding. Nun ist der Schulze gezwungen, seine Einwilligung zu geben, aber allmälig wandelt sich Annas Liebe in Hass und Verachtung, denn sie hat erkannt, daß nur die Spekulation auf ihr Geld den vornehmen Gutsbesitzer ihr zugeführt hat. Doch heirathen wird sie ihn müssen, sonst bleibt sie ehrlös im Dorfe — wird sie doch jetzt schon verhöhnt und verhezt und das Dorfgerede geht, daß sie "ohne Geläut" und ohne Mutter wird zur Kirche gehen müssen. Doch der männlich reife Pfarrer des Dorfes, der seine Liebe zu Anna bisher seiner Freundschaft für Möller gepflegt hat, kann nicht dulden, daß sie mit einem unwürdigen eine Ehe schließt, liebelos und unglücklich. Er ist ein wahrer Verkinder des Evangeliums Christi. Ihm gilt die Liebe höher als Menschensatzung. Die Liebe bestingt Alles, auch die Rücksichten auf das, was Sitte gilt bei den Menschen. Der Pfarrer bietet dem gefallenen Mädchen seine Hand, ob er darum auch Stellung und Heimath wird aufgeben müssen.

Das ist sympathisch und warm durchgeführt. Nicht fehlerlos; so ist der 3. Akt zu breit, die Schlusscene des 4. Aktes — Gebet und Bibelvorlesung — ist sehr gefährlich und wurde nur durch die große Kunst Reicher gerettet. Auch die Schlusscene des letzten Aktes müßte fortfallen. Vielfach spricht der Autor noch zu viel statt die Thatsachen sprechen zu lassen. Aber trotzdem ist es eine schöne, wirksame und nachhaltige Arbeit, die ihren Weg machen wird. Als Aennchen lernten wir gestern ein neues, junges Talent kennen, Fedor v. Boebelitz, sich gestern als eine sympathische, echt künstlerische Darstellerin von großen und schönen Mitteln offenbarte.

Mittel zum Zweck herhalten müssen. Aber die Absicht war allzu deutlich. Reden wie die des Herrn Klausing und des Grafen Lümburg-Stürum mit ihren flammenden Beleidigungen, daß das Begnadigungrecht der Krone durch den Interpellanten, ja sogar durch die Antwort des Ministers v. Heyden verbunkert erscheine, würden ganz unverständlich sein, wäre nicht jene Absicht der treibende Grund. — Eine Debatte über den russischen Handelsvertrag wird der Reichstag schon vor dem Einbringen des Vertrages haben. Die Freis. Volkspartei beantragt (wie schon gemeldet — Red.) zum Etat des Auswärtigen Amtes, der Reichskanzler möge mit Russland in Verhandlung treten, um die Kampfbälle sobald wie möglich und noch vor dem Inslebentreten des Tarifvertrages aufzuheben.

△ Berlin, 9. Febr. [Unser Ostseehandel. Die Frist bestimmt im Handelsvertrage. Verfehlte Einwände.] Ein sehr bedeutendes Zugeständnis hat Russland im Handelsvertrage dahin gemacht, daß GetreideSendungen nach Königberg und Danzig keine höheren Frachten zu zahlen haben als Sendungen nach russischen Ostseehäfen. Die Ablenkung also der Getreideausfuhr aus dem Innern des Reiches von den deutschen Häfen nach Libau und Riga wird für die russische Eisenbahntarifpolitik unmöglich werden. Berücksichtigt man die großen Aufwendungen und die zähe Energie, mit der die russischen Staatsmänner den Aufschwung der genannten Häfen, vamentlich Libaus, begünstigt haben, so ist ihr Entgegenkommen an die deutschen Wünsche umso bemerkenswerther. Die bezeichnete Konzession wird ihre volle Bedeutung natürlich erst entfalten können, wenn die Aufhebung des Identitätsnachweises in Kraft getreten sein wird. Es ist nicht blos eine Hoffnung, sondern es ist absolut sicher, daß auf Grund des erwähnten Zugeständnisses und der korrespondierenden Maßregel in Sachen des Identitätsnachweises der Handel unserer Ostsee Häfen sehr bald die Blüthe wieder erreichen wird, die er seit dem Ende der 70er Jahre hat entbehren müssen. Die Rückwirkung aber dieses bestimmt zu erwartenden Aufschwungs auf den ganzen Wirtschaftszustand unserer östlichen Provinzen und damit auch auf die Lage der Landwirtschaft kann nicht ausbleiben. Die vernünftigeren Konservativen sehen das auch sehr wohl ein, nur erlaubt ihnen der Parteibau einzuweilen nicht, es zu sagen und danach zu handeln. —

Die im Handelsvertrage vereinbarte Frist für die Ratifikation läuft mit dem 20. Februar ab. Selbstverständlich muß der Reichstag also bis dahin die dritte Lesung des Vertrages erledigt haben. Eine ganz eigenthümliche Lage würde sich aber im Falle der Ablehnung ergeben. Neuhallen, die doch die Antwort auf die Ablehnung des Vertrages sein müssten, könnten auch bei größtmöglicher Beschleunigung des Wahltages und des Zusammentritts des neuen Reichstags nicht hindern, daß die vereinbarte Frist inzwischen längst abgelaufen wäre. Die Bevölkerung des russischen Handelsvertrages würde also praktisch bedeuten, daß der eine Kontrahent, Russland, von der eingegangenen Verbindlichkeit frei würde. Die moralische Verpflichtung, zu dem Vertrage auch fernerhin zu stehen, bliebe allerdings in Kraft, aber wer kann sagen, wie die Auffassung in Russland wäre, und welchen plötzlichen Wechsel sie unter dem Druck der bedrohten russischen Industrie-Interessen erfahren könnte! Die Festsetzung einer so kurz bemessenen Frist spricht jedenfalls für ein starkes Vertrauen unserer Regierung in die unentrinnbare Notwendigkeit für den Reichstag, alle Bedenken fahren zu lassen und dem Handelsvertrage zuzustimmen. —

Die „Kreuzztg.“ findet einen Genossen in der Bekämpfung des russischen Handelsvertrages am „Hannov. Cour.“ Was dies Blatt gegen den Vertrag vorbringt, steht an Gründlichkeit und Einsicht etwa auf der Höhe der Angriffe, die man aus der „Kreuzztg.“ seit Monaten kennt. Ungewöhnlich ist aber doch der Mut, mit dem das Hannoversche Blatt gegen den Handelsvertrag den Trumpf ausspielt, er müsse abgelehnt werden, weil Russland nicht seinen gesamten Zolltarif gebunden habe. Mancher Beser wird nach der Sicherheit, mit der das ausgesprochen wird, wohl gar glauben, es sei die Regel zwischen vertragsschließenden Staaten, ihre Tarife bis auf den letzten Rest zu binden. Die Regel ist das aber so wenig, daß wir überhaupt keinen Handelsvertrag kennen, der nicht beiden Kontrahenten das Recht ließe, gewisse Positionen auch fernerhin autonom zu behandeln. Kein Staat verlangt von dem andern, daß er Zollsätze festlege, an denen die Ausfuhr des ersten nicht interessiert ist. Was für einen Sinn hätte es beispielsweise, wenn Russland verpflichtet werden sollte, seine Zölle auf Kaffee oder Thee oder andere solche Artikel zu binden, für die wir nicht Ursprungsland sind? Man muß darauf gefaßt sein, daß Einwendungen, wie die des „Hannov. Cour.“ von der vertragssindlichen Minderheit des Reichstages werden benutzt werden, und darum hat man sie beim ersten Auftauchen zurückzuweisen, so überflüssig die Arbeit auch dem Kundigen erscheinen mag.

— Das 25jährige Militärjubiläum des Kaisers wurde am Freitag vom ersten Garde-Regiment z. F. in Potsdam feierlich begangen.

Um 9½ Uhr war der Kaiser, um 11 Uhr die Kaiserin mit den Prinzen und Prinzessinnen in Potsdam eingetroffen. Alle Offiziere der Garnison Potsdam, die deutschen Militärbevollmächtigten und die Militärattachés der fremden Staaten hatten sich eingefunden. Das Regiment hatte im Lustgarten Aufstellung genommen, dahinter der Verein ehemaliger Kameraden desselben. Um 11 Uhr erschien der Kaiser in der Uniform des Regiments und mit dem Dienstaufzeichnungs-Kreuz und hält an das Regiment eine auf den Tag Bezug habende längere Ansprache, in der er des Tages gedacht, wo er unter seinem Großvater und Vater der Armee übergeben worden sei und dem Regemente, aus welchem ihm jene

Gesetze der Disziplin und des Gehorsams bekannt gemacht seien, die von jeher das Fundament der Armee gewesen. Hierauf verlas der Regiments-Adjutant die vom Kaiser anlässlich der Feier vollzogenen Ernennungen und Ordensverleihungen, worauf Oberst von Kessel den Dank des Regiments ausbrach und ein dreifaches Hurra auf den Kaiser ausbrachte. Sobald formierte sich das Regiment zum Paraderhythmus. Prinz Heinrich und Prinz Leopold waren in das Regiment eingetreten, desgleichen der Kronprinz und Prinz Eitel Fritz. Der Kaiser setzte sich an die Spitze des Regiments und führte dasselbe der Kaiserin vor. Die Mannschaften begaben sich in den festlich dekorierten „Langen Stall“ zum Festessen. Der Leib-Kompanie, sowie der 5., 9., 10. und 13. Kompanie hat der Kaiser anlässlich des Tages neue Grenadier-Mützen aus Alumium mit welchen Schilden nach dem Modell aus der Zeit Friedrichs des Großen verliehen. Die Kaiserin wurde bei Betreten des „Langen Stalles“ mit Fanfaren empfangen, welche auf alterthümlichen Trompeten gespielt wurden, die vom ersten Garde-Regiment gewidmet worden sind. Später begab sich der Kaiser nach dem Stadtschlöß, wo für die Offiziere des Regiments Frühstückstafel stattfand.

— Ein Kronrath wird unter dem Vorsitz des Kaisers am Dienstag zusammengetreten.

— Wie schon in Kürze gemeldet, hat auch der Staatsanwalt gegen das Urteil der Berliner Strafkammer im Prozeß gegen Hardt wegen Beleidigung des Reichskanzlers Revision angemeldet, mit der Begründung, daß dem Angeklagten zu Unrecht der Schutz des § 193 R.-St.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen) zugesagt worden sei.

W. B. Hannover, 9. Febr. Oberpräsident v. Benninghausen ist soweit wie derber gestellt, daß er die Geschäfte wieder aufgenommen hat. Er gebentl. Anfangs nächster Woche zur Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstages auf einige Tage nach Berlin zu gehen. — Wie die „Neuest. Nachr.“ melden, ist der frühere preußische Botschafter Karl Frhr. v. Werther gestern Nacht gestorben.

W. B. München, 9. Febr. Die Kammer der Abgeordneten beendete heute die Beratung des Eisenbahngesetzes und setzte die jährlichen Eisenbahneinnahmen auf 118 124 000 Mark, die Ausgaben auf 80 539 506 Mark fest. Der Überschuss beträgt somit 37 584 500 Mark. Hierauf wurde die Generaldebatte über den Posten begonnen.

W. B. Berlin, 9. Febr. Von einem parlamentarischen Korrespondenten wird gemeldet, daß von einer Anzahl Nationalliberaler im Reichstage ein Antrag eingebracht worden sei, der den Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung über Zollzuschläge bei den Getreidezöllen gegenüber Staaten mit schwankender Valuta dahin ändern will, daß dem Bundesrat nur die Erwägung, nicht die Verpflichtung zu solchen Zuschlägen ertheilt werde, und daß bei einem Gesetz von 20 Proz. die Zollsätze so zu bemessen seien, daß sie nicht über 5 Mark steigen.

Lokales.

Posen, 10. Februar.

* Erzbischof v. Stablewski, der gestern Abend in Berlin eingetroffen ist, wird am Sonntag vom Kaiser in Audienz empfangen werden, um sich für die erholtene Dekoration zu bedanken.

Telegraphische Nachrichten.

Potsdam, 9. Febr. Der Kaiser hat anlässlich des heutigen militärischen Festtages nachfolgende Auszeichnungen verliehen:

Hauptmann Frhr. v. Hornstein zum Major befördert, die Hauptleute v. L'Estocq und v. Kleist zu Kompanie-Chefs ernannt. Hauptmann Frhr. v. Buttler zum Großen Generalstab versetzt, die Sekonde-Lieutenants Joachim Albrecht, Prinz von Preußen, Frhr. v. Wöllwarth und v. Ullrich zu Premier-Lieutenants befördert. — Dem Major v. d. Landen die Krone zum Rothen Adler-Orden 4. Kl. den Hauptleuten v. Niedisch-Rosenegg und v. Grumbow der Rothe Adler-Orden 4. Kl. dem Premier-Lieutenant Prinz v. Schönach-Carolath der Rothe Adler-Orden 4. Kl. mit der Krone, dem Premier-Lieutenant v. Hammerstein und dem Stabsarzt Dr. Jaedel der Kronen-Orden 4. Kl. dem Ober-Stabsarzt Dr. Ernst der Rothe Adler-Orden 3. Kl. mit der Krone und der Schleife, dem Stabs-Hauptoffizier Möller der Titel königl. Musikdirektor verliehen. — Außerdem dem früheren Oberführer der kaiserl. Schutztruppe in Ostafrika Major Frhr. v. Mantaußel der Kronen-Orden 3. Kl.

Breslau, 9. Febr. Der Eiswachtdienst auf der Oder ist heute aufgehoben worden.

Dresden, 9. Febr. Im Hinblick auf die Besserung in dem Befinden des Königs ist kein Abendbulletin ausgegeben worden.

Wien, 9. Febr. Eine Versammlung von 2000 Arbeitslosen, welche heute in Meidling abgehalten wurde, ist infolge maßloser Angriffe gegen die Regierung aufgelöst worden. 400 Teilnehmer an dieser Versammlung zogen nach dem Rathause, um dort eine Demonstration zu veranstalten, sie wurden aber gegenüber dem deutschen Volkstheater zerstreut, ohne Widerstand zu leisten.

Wien, 9. Febr. Die Leichenseier für den verstorbenen Professor Billroth fand heute unter ungemein großer Beteiligung statt. Dem Leichenwagen folgten: der Rektor der Universität mit dem akademischen Senat, der Lehrkörper der medizinischen Fakultät, die Vertreter der anderen Fakultäten der Universitäten von Prag und Graz, zahlreiche Schüler des Gelehrten, sowie die Vertreter der medizinischen humanitären Vereine. Der Einsegnung in der evangelischen Kirche wohnten der Erzherzog Rainer, die Minister Marquis de Bacquehem, Graf Schönborn, v. Madeyski, Graf Falckenayn und v. Blener bei, ferner als Vertreter des deutschen Botschafters, Hauptmann v. Hugo, und eine große Anzahl anderer hervorragender Persönlichkeiten. Pfarrer Zimmermann widmete dem Verstorbenen einen ergreifenden Nachruf. Die Beisetzung erfolgte auf dem Centralfriedhof, wo der Dekan der medizinischen Fakultät, Professor Vogl, namens der Universität Wien, Professor Gussenbauer-Prag namens der Schüler Billroths und Professor Chrobak-Wien namens der Gesellschaft der Ärzte sprachen.

Wien, 9. Febr. Der Witwe des Professors Billroth sind im Laufe des Tages sehr zahlreiche Beließkundgebungen aus dem Inlande und dem Auslande zugegangen, darunter ein Telegramm des Prinzregenten von Bayern.

Mährisch-Ostrau, 9. Febr. Ungefähr 150 streitende Bergarbeiter zogen gegen den Wilhelmschacht, wurden aber von der Gendarmerie zerstreut.

Rom, 9. Febr. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Rio de Janeiro lehnen außer Italien auch die Vereinigten Staaten und England die Anerkennung der Aufständischen als kriegsführender Partei ab.

Verona, 9. Febr. Heute Nachmittag 1 Uhr 50 Min. erfolgte hier ein ziemlich heftiger Erdstoß; auch in Tregnago und Bardolino wurden starke Stöße verspürt.

Petersburg, 9. Febr. Der Kaiser ist soweit genesen, daß er die Minister wieder zum Vortrag empfängt.

Paris, 9. Febr. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro vom heutigen Tage ist dort eine Verschwörung zur Ermordung des Präsidenten Peixoto entdeckt worden. Es haben bereits zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, mehrere der Verhafteten sind erschossen worden. — Wie aus Rio Grande meldet wird, nähern sich die Aufständischen Porto Alegre.

Paris, 8. Febr. Der Deputirte Gouchard wird in der Kammer eine Interpellation betreffs der Vorgänge in Timbuktu einbringen. Die Regierung wird die Erklärung abgeben, es seien Maßnahmen getroffen, um die Schlappe wieder wett zu machen und wird außerdem hinzufügen, Oberst Bonnier habe die Expedition trotz der gegenstelligen Befehle der Regierung unternommen.

Paris, 9. Febr. Ein Telegramm des Gouverneurs im Sudan reproduziert eine von Hauptmann Philippe, Kommandant des Postens in Timbuktu, an erster gerichtete telegraphische Meldung, wonach Oberst Bonnier am 12. d. M. Morgens mit einem Major, dem gesamten Stabe, der 5. Kompanie und sonstigem Gefolge aufgebrochen ist. Die elfte Kompanie, welche im Lager von Dongot bei Gaudam kampt, wurde von Tuaregs überrascht. Ein Thell derselben war zu Pferde, ein anderer zu Fuß, mit Lanzen und Messern bewaffnet, drangen sie von mehreren Seiten in das Lager ein und türzten die in Pyramiden aufgestellten Gewehre im Angesichte der Blänker, welche die Waffen nicht mehr ergreifen konnten. Einem Hauptmann sowie mehreren Leuten gelang es zu entfliehen. Die Überlebenden kamen bald in zahlreichen Horden bis in die nächste Umgebung der Stadt, bildeten um dieselbe einen Kreis, verschwanden aber bald, als die Truppen sich bilden ließen. Hauptmann Philippe theilte alsdann mit, er besitzt 300 Gewehre, 6 Kanonen und erwarte demnächst eine Truppen verstärkung. Die Flotille hätte Befehl erhalten, ihre Abfahrt aufzuschieben, er besitzt hinreichende Lebensmittel bis zur Ankunft der bereits angekündigten Verstärkung. Die Bevölkerung wünschte sehnlich Ruhe und habe die Franzosen gut aufgenommen; selbst entfernte Dörfer hätten durch Aboardungen ihre Unterwerfung anbieten lassen. Der lokale Verkehr habe nicht zu leiden; der Gesundheitszustand sei ein guter.

Biarritz, 9. Febr. Der Premierminister Gladstone wird heute Abend die Rückreise nach England antreten.

Hamburg, 10. Febr. [Privattelegr. der „Postg.“] In einem Artikel über den russischen Handelsvertrag bedauern die „Ham. Nachr.“ die angeblich falsche Anwendung der Meistbegünstigungsklausel. Die Meistbegünstigung dürfe dem sie nachsuchenden Staate stimmgemäß nur gewährt werden bei Bewilligung oder Vorhandensein der nämlichen Gegenkonzessionen, welche der dritte Kontrahent zur Erlangung deutscher Zollminderungen gemacht habe.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Post. Btg.“

Berlin, 10. Februar, Morgen.

In einer Polemik gegen die „Kreuzztg.“ konstatirt die „Nord. Allg. Btg.“, daß die Gegner des russischen Handelsvertrages nicht nachgewiesen haben, daß die Ausdehnung der Vertragszölle auf allen Grenzen die Getreidepreise im Inlande ungünstig beeinflußte. Die autonom bleibenden russischen Zollsätze kommen gar nicht oder nur in geringfügiger Weise in Betracht. Der Handelsvertrag sei in erster Reihe vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus zu beurtheilen. Angehörige der politischen Seite des Vertrages habe die Fronte der „Kreuzztg.“ keinen Patriotismus zu beanspruchen.

Die von den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft zur Stellungnahme zum russisch-deutschen Handelsvertrag einberufene Versammlung nahm eine Resolution an, worin betont wird, daß die durch den Vertrag bewirkten Zollerhöhungen eine Erfahrung für Deutschland Export nach Russland eröffnen, und der deutschen Industrie und dem deutschen Handel Gelegenheit bieten, den theilweise verlorenen Absatz auf dem russischen Markt wieder zu gewinnen und zu erweitern, ohne die berechtigten landwirtschaftlichen Interessen zu schädigen. Die Versammlung ersuchte deshalb den Reichstag dem russischen Handelsvertrag zugestimmen.

Die bekannte Schauspielerin Niemann-Seebach, eine schon bejahrte Dame, wurde gestern von einem Wagen überfahren, beide Beine sind gebrochen.

Wien, 10. Febr. Lemberger und polnische Blätter melden aus Warschau, daß dort in den letzten Tagen neuerdings Cholerafälle, einige unter tödlichem Verlauf, vorgekommen seien.

Reichenberg, 10. Febr. Aus dem Postwagen sind auf der Fahrt zwischen Senftenberg und Königsgrätz 3000 Gulden und zahlreiche Briefe gestohlen worden. Ein Hilfsbeamter ist als verdächtig verhaftet worden.

Paris, 10. Febr. Der frühere Minister Baron Soubeiran, Direktor der Bank d'Escompte ist gestern Abend wegen seiner Geschäftsführung betreffende Anschuldigungen verhaftet.

Paris, 10. Febr. Durch die Aussage des Marinekommissars Escande hat die Untersuchungskommission in Toulon festgestellt, daß im Archiv niemals ein Diebstahl vorgekommen. Unter diesen Umständen ist eine gerichtliche Verfolgung unmöglich. Escande fügte hinzu, die Angelegenheit habe eine bedauerliche Ausdehnung gewonnen, weil er nicht gefragt worden sei.

